AZ 4410 Liestal | Nr. 082 | 182. Jahrgang **DIENSTAG, 25. MÄRZ 2014 | FR. 2.70** redaktion@bzbasel.ch 061 555 79 79 | abo@bzbasel.ch 058 200 55 05 | inserate@bzbasel.ch 061 927 26 70

bz BASEL
DIE NORDWESTSCHWEIZ

Basel-Stadt Anita Fetz will im Ständerat bleiben

Sie und Silvia Schenker wollen vierte Legislatur – das verärgert die Jungen. **Seite 23**

Baselland Nena steht im Juli auf der Summerstage

Sie ist einer der grossen Namen am Open Air im Park im Grünen. **Seite 24**

Sport Curlerinnen holen den WM-Titel

Binia Feltscher und ihr Team schlagen Kanada. **Seite 17**

Gemeinden laufen in Finanzhammer

Kosten-Explosion Anstieg an Sozialhilfe-Bezügern bringt viele Kommunen an den Rand des Ruins

VON BENJAMIN WIELAND UND HANS-MARTIN JERMANN

Im Baselbiet wachsen die Sozialausgaben ungebremst. Einigen Gemeinden droht deswegen der finanzielle Kollaps. Zum Beispiel Grellingen: In der Laufentaler Gemeinde haben sich die Sozialausgaben innerhalb von nur fünf Jahren verdoppelt. Nun fordert der Gemeinderat mehr Solidarität von den reicheren Kommunen – diese sollen mithelfen, die Last der Sozialausgaben zu tragen. Richten soll es der kantonale Finanzausgleich. Dort wird im Rahmen der Revision eine Änderung der Soziallasten-Abgeltung diskutiert. Der Baselbieter Regierungsrat hat bereits reagiert und eine Änderung vorgeschlagen, die finanzschwache Kommunen entlasten soll. Die Verbesserungen würden jedoch wenig bringen, mahnen die Betroffenen – und bezeichnen die in Aussicht gestellten Finanzspritzen als ungenügend.

Günstiger Wohnraum ist schuld

Grellingen, aber auch andere stark belastete Gemeinden wie Waldenburg oder Pratteln, stellen sich bei ihrem Ruf nach Unterstützung auf den Standpunkt, dass sie strukturell benachteiligt seien. In der Tat ist in den genannten Gemeinden der Anteil an günstigen Wohnungen an unattraktiver Lage gross – und tiefe Mietzinse sind ein Hauptgrund, weshalb sich Sozialhilfebezüger an einem Ort niederlassen. Gemeinden hingegen, die praktisch nur aus Einfamilienhäusern bestehen, verzeichnen kaum einen Anstieg der Sozialausgaben.

Kommentar rechts, Seite 19

Kriminalität ist leicht rückläufig

«Die Schweiz hat 2013 weniger Straftaten registriert» lautet die Hauptaussage der Kriminalstatistik 2013, welche gestern vom Bundesamt für Statistik veröffentlicht wurde. Der Rückgang betrage drei Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Werden jedoch die vorangehenden Jahre einbezogen, wird klar: Auch 2013 war ein Spitzenjahr. Stieg die Anzahl Straftaten in den Jahren 2009 bis 2011 nie über 560 000, waren es im letzten Jahr rund 15 000 mehr. In einzelnen Kategorien wurden Rekordzahlen erfasst. So wurden 1500 Fälle unter «Pornografie» registriert – in den letzten Jahren waren es zwischen 700 und 1000 Straftaten. Ein Teil des Anstiegs liegt im «Sexting» begründet: Jugendliche schiessen mit dem Smartphone intime Fotos von sich. Vermehrt gelangen solche Bilder ins Internet. Dieses Weiterverbreiten ist strafbar und wird von den Betroffenen zur Anzeige gebracht. (RIT) **Seite 3**

Endspurt bis zur Baselworld

Am Donnerstag öffnet die Baselworld ihre Pforten. Die bz vergleicht die Trends von drei regionalen Uhrenherstellern und stellt fest: Oris, Grovana und Zeno gehen ganz verschiedene Wege. Auch die Basler Uhren- und Schmuckläden wappnen sich für die Kundschaft aus aller Welt, polieren Schaufenster und machen ihre Mitarbeitenden auf kulturelle Eigenheiten aufmerksam. Die Uhrenindustrie und auch der Detailhandel profitiert derzeit von einer ziemlich kräftigen Konjunktur, wie die Analyse auf der Wirtschaftsseite zeigt. (STS) **Seiten 9, 20**

TAREK WAJEH/ALMASRY ALYOUM/EPA

529 Todesurteile gegen Muslimbrüder in Ägypten

Massenprozess in Ägypten: Ein Gericht hat 529 Anhänger des gestürzten Präsidenten Mursi zum Tod verurteilt. Ihnen wird Mord an einem Polizisten im August 2013 vorgeworfen. Die meisten der Angeklagten sind auf der Flucht; 153 sind in Haft und warteten in Käfigen auf das Urteil. (NCH) **Seite 7**

bz REGION

Ersatzwahl: Die SVP muss in letzter Minute umsatteln

Thomas Egloff (SVP) will nicht mehr in den Basler Regierungsrat. Die SVP musste darum kurz vor Meldeschluss einen neuen Kandidaten bestimmen. Sie tritt nun mit Grossrat Eduard Rutschmann an. Gegen den Favoriten Lukas Engelberger (CVP) dürfte er keine Chance haben. (DRE) **Seite 21**

«Lohn-Skandal» löst Debatte ums Amtsgeheimnis aus

Dass der Kanton Baselland seinen Kadermitarbeitern Überstunden ausgezahlt hat, obwohl die Arbeitszeitverordnung dies nur in Ausnahmen zulässt, lässt Landräte nicht nur diese Regelung überdenken. Auch das Amtsgeheimnis spaltet einmal mehr die Politik. Sogar eine Lockerung wird vorgeschlagen. (MN/LSI) **Seite 25**

HEUTE IN DER ZEITUNG

Börse	Seite 10
Todesanzeigen	Seiten 12/13
Mobil	Seite 15
Sport	Seiten 16–18
Wetter	Seite 29
Kino	Seite 30
TV/Radio	Seite 32
Agenda	Seite 33
Kultur	Seiten 34–36

@ www.bzbasel.ch

Kommentar
von Bojan Stula

Es braucht den grossen Wurf

Es ist eine schleichende Katastrophe, welche die Gemeinden der Region in ihren Grundfesten erfasst und erschüttert: Für zahlreiche Kommunen wirft die Explosion der Sozialhilfekosten finanzielle Existenzfragen auf. Nicht zufällig trifft es jene Gemeinden am stärksten, die ohnehin zu den strukturschwächeren gehören.

Die gute Nachricht ist, dass auf kantonaler Ebene der Handlungsbedarf erkannt und die Nöte der Gemeinden ziemlich ernst genommen werden. Hier bewährt es sich einmal mehr, dass der Kanton Baselland über einen Finanzdirektor verfügt, der sich in seiner langjährigen Praxis als Gemeindepräsident mit diesen Fragen herumschlagen musste. Die schlechte Nachricht ist, dass die in der Revision der Finanzausgleichsverordnung vorgesehene Anpassung der Soziallastenabgeltung in den Augen der finanzschwachen Gemeinden nicht viel mehr als den berühmten Tropfen auf den heissen Stein darstellen wird.

Die sich ohnehin schon für überstrapaziert haltenden Gebergemeinden werden es nicht gerne hören: Aber es braucht in der Frage der explodierenden Sozialkosten den grossen, gesamtkantonalen Solidaritäts-Wurf – damit nicht all jene Gemeinden, die aufgrund ihrer historisch-geografischen Lage eh schon benachteiligt sind, vollends abgehängt werden. Also eine Lösung, die in Richtung grosser kantonaler Topf geht, in den sämtliche Sozialhilfekosten aller Gemeinden geworfen werden, und, der aufgrund eines fixen Verteilschlüssels vom Kanton und allen 86 Kommunen gemeinsam gespeist wird. Am besten losgelöst vom ordentlichen Finanzausgleich, damit die leidige Neiddiskussion gar nicht erst aufkommt.

bojan.stula@azmedien.ch

bz Basel
9 771223 544923 20013

INSERAT

REGION
BASEL-STADT, BASELLAND, SCHWARZBUBENLAND

Stark belastete Gemeinden wollen mehr Geld

Zündstoff Etliche Kommunen stöhnen unter steigenden Sozialausgaben – und verlangen nun eine Änderung des Finanzausgleichs

VON HANS-MARTIN JERMANN

Im Baselbiet bahnt sich ein Streit um die Sozialhilfekosten an, der politisch einigen Zündstoff birgt: In einigen Gemeinden, die bereits stark belastet sind, sind in den letzten Jahren die Sozialausgaben ungebremst angestiegen. Gar dramatisch haben sich diese in Grellingen entwickelt: von 380 000 Franken 2009 auf 795 000 Franken im 2013; dies entspricht einer Verdoppelung in fünf Jahren. Es erstaunt nicht, dass die Laufentaler Gemeinde beim Nettoaufwand pro Einwohner mittlerweile an der kantonalen Spitze steht.

Bei der Sozialhilfequote, dem Verhältnis zwischen Anzahl Sozialhilfeempfänger und der Wohnbevölkerung belegt Grellingen Rang 4, hinter Pratteln, Waldenburg und Liestal. Laut Gemeinderat Stephan Pabst (SP) sind die hohen Sozialausgaben mittlerweile hauptsächlich verantwortlich für das Defizit der Gemeinde, das in der Rechnung 2013 rund 800 000 Franken betragen dürfte.

Günstiger Wohnraum, hohe Quote

In keiner Baselbieter Gemeinde leben so viele Sozialhilfeempfänger wie in Pratteln. Hier haben die Ausgaben zwischen 2009 und 2012 auf hohem Niveau markant zugenommen; von 8,1 auf 10,3 Millionen Franken (+27 %). In Allschwil sind die Sozialhilfekosten von 2011 auf 2012 sprunghaft von 4,9 auf 6,6 Millionen angestiegen (+34,7 %). Gemeint sind die Ausgaben im engeren Sinn – ohne Krankenkassenverbilligungen, Ergänzungsleistungen zu AHV/IV, Alimentenbevorschussung und Wohnbeihilfen. Allerdings erwartet Gemeinderat Arnold Julier (CVP) für 2013 eine Stabilisierung. Und in Liestal sind die Ausgaben zwischen 2011 und 2013 auf hohem Niveau von 5,7 auf 6,3 Millionen Franken gestiegen (+10,3 %).

Zur Erklärung des Kostenanstiegs sind zwei Ebenen zu unterscheiden: Das eine sind übergeordnete Entwicklungen wie die Abnahme von Jobs für Unqualifizierte oder Änderungen im Arbeitslosengesetz. Diese kommen etwa in der auf Kantonsebene seit 2009 feststellbaren Zunahme der Sozialhilfequote zum Ausdruck. Die unterschiedliche Belastung der Gemeinden folgt hingegen anderen Erklärungsmustern. Für die Verantwortlichen von Grellingen, Waldenburg und Pratteln ist klar: Der hohe Anteil an günstigem Wohnraum verbunden mit einer guten öV-Anbindung ist mitverantwortlich für die hohe Sozialhilfequote. «Wir haben viele unattraktive Wohnungen, etwa entlang der Hauptstrasse», sagt die Waldenburger Gemeinderätin Margrit Aebi. Dasselbe trifft auf Grellingen zu. «Im Dorfkern wurde in den letzten Jahren zu wenig saniert», findet Stephan Pabst. Besserung ist nicht in Sicht.

Sozialer Brennpunkt: In keiner Baselbieter Gemeinde leben so viele Sozialhilfeempfänger wie in Pratteln. Im Bild: Die Längi. ROLAND SCHMID

Die **10 am stärksten betroffenen Gemeinden** im Baselbiet 2012

Gemeinde	Sozialhilfe-quote	Anzahl Personen
Pratteln	5,1 %	781
Waldenburg	4,7 %	57
Liestal	4,6 %	621
Grellingen	4,2 %	73
Birsfelden	3,7 %	382
Niederdorf	3,7 %	65
Münchenstein	3,6 %	423
Füllinsdorf	3,6 %	156
Allschwil	3,5 %	687
Frenkendorf	3,5 %	218
Baselland	**2,5 %**	**6878**
Basel-Stadt	**6,4 %**	**6937**

«Bevölkerungsmix muss stimmen»

Einen Silberstreifen am Horizont sieht hingegen der Prattler Gemeinderat Emanuel Trueb (CVP): Die neuen Hochhäuser könnten weitere Investitionen im Wohnbau nach sich ziehen – längerfristig würden mit steigenden Preisen weniger Begüterte verdrängt. Dies entspreche nicht einer vorsätzlichen Politik. Die Gemeinde stehe zu ihrer sozialen Verantwortung. «Der Bevölkerungsmix muss aber stimmen. Schliesslich benötigen wir auch Einwohner, die durch ihre Steuern die Sozialhilfe mitfinanzieren», sagt Trueb.

Dasselbe sagt der Grellinger Pabst. Allerdings mag er für seine Gemeinde nicht auf einen plötzlichen Aufschwung hoffen. Er kritisiert die Entsolidarisierung im Sozialwesen. Gewisse Gemeinden zählten alleine aufgrund der Tatsache, dass sie überwiegend aus Einfamilienhäusern bestünden, kaum Sozialhilfeempfänger. «So geht es nicht weiter. Das Verhältnis von Sozialausgaben und Steuerkraft übersteigt unsere Möglichkeiten.»

Im Rahmen der Finanzausgleichsverordnung wird eine Änderung bei der Soziallastenabgeltung diskutiert. Die von der Regierung vorgeschlagene Änderung bringt laut Pabst zu wenig. Grellingen würde dadurch künftig mit 130 000 Franken statt wie bisher 90 000 Franken entlastet. Ein Tropfen auf den heissen Stein. Als Massnahme zur Verbesserung der Gemeindefinanzen hat der Kanton Grellingen zudem geraten, den Steuersatz zu erhöhen. Für Sozialdemokrat Pabst kein probates Mittel: «Wenn wir den Satz nur leicht anheben, hat es kaum Wirkung. Erhöhen wir ihn stark, wird die Gemeinde für Neuzuzüger unattraktiv.» Für ihn ist klar: Es sind weitreichende Massnahmen nötig, um stark belasteten Gemeinden zu helfen.

Weniger in der Stadt, mehr auf dem Land

Kriminalität Die Kriminalstatistik 2013 zeigt in den beiden Basel unterschiedliche Trends: Während die Polizei Basel-Stadt 11 Prozent weniger Delikte gemäss Strafgesetzbuch als im Vorjahr verzeichnet hat, stiegen die Straftaten im Kanton Baselland um 11 Prozent. In Basel-Stadt sank die Zahl der angezeigten Delikte auf 24 040, wie der am Montag veröffentlichten Kriminalstatistik des Bundesamtes für Statistik (BFS) zu entnehmen ist. Pro 1000 Einwohner wurden im Stadtkanton 128,3 Straftaten verzeichnet. Im Vorjahr waren 145,2.

In Baselland wurden 15 504 Delikte angezeigt. Pro 1000 Einwohner wurden 56,1 Straftaten registriert; dies sind 5,5 Delikte mehr als im Vorjahr. Im Schweizer Durchschnitt liegt dieser Wert bei 71,5 Straftaten pro 1000 Einwohner. Einzelheiten der Kriminalstatistik werden die Justiz- und Polizeidirektoren beider Basel heute und morgen erläutern. (SDA)

Novartis-Abbau: Konsultation abgeschlossen

Für den im Januar angekündigten Abbau von rund 500 Basler Arbeitsplätzen bei Novartis ist der Konsultationsprozess zu Ende. Für gut 50 Betroffene wurde eine interne Möglichkeit gefunden, wie der Konzern mitteilt. Novartis rechne damit, dass die Zahl der Kündigungen weiter reduziert werden könne, sagte Novartis-Sprecher Satoshi Sugimoto.

Angesichts der geringen natürlichen Fluktuation seien Kündigungen aber leider nicht auszuschliessen. «Wie viele Mitarbeitende endgültig betroffen sind, können wir derzeit noch nicht sagen.» In einer ähnlich gelagerten früheren Situation fand rund die Hälfte der gekündigten Personen wieder eine Stelle bei Novartis. Ziel ist es, für möglichst viele Mitarbeitende interne Lösungen zu finden, bevor eine formale Kündigung ausgesprochen wird. Wenn keine Alternative gefunden werden kann, beginnt eine sechsmonatige Kündigungsfrist. Unter dem Strich soll damit die Zahl der Schweizer Arbeitsplätze bei rund 15 000 stabil bleiben. (STS)

Warum Wirtschaftswachstum nicht allen nützt

Arbeitsmarkt Die Wirtschaft in der Nordwestschweiz wächst rasant – die Zahl der Sozialhilfe-Bezüger aber auch.

VON BENJAMIN WIELAND

Es ist paradox: Die Nordwestschweizer Wirtschaft trumpft seit Jahren mit Wachstumsraten auf, die im Vergleich zur gesamten Schweiz fast schon chinesische Dimensionen annehmen. Trotzdem steigen parallel dazu die Ausgaben für die Sozialhilfe ungebremst, in Basel-Stadt, aber auch im Landkanton (Text oben).

Die Erklärung ist beim Arbeitsmarkt zu suchen. Denn zum einen schaffen die Firmen – Wirtschaftswachstum hin oder her – nur minim neue Stellen, zum anderen wird ein grosser Teil davon mit Hochqualifizierten besetzt, was gerade im Pharma-Sektor bedeutet: mit «Highly Qualified Workers» aus dem Ausland. Das Stellenangebot für niedrig Qualifizierte aus der Region nimmt hingegen sogar leicht ab – und dies bekommt die Sozialhilfe zu spüren.

In Basel-Stadt steigt die Zahl der Sozialhilfe-Fälle seit 2011 an. Im Stadtkanton bezogen im Jahr 2012 insgesamt 6937 Personen Sozialhilfe, was einer Quote von 6,4 Prozent entspricht (die Zahlen für das Jahr 2013 werden im Mai publiziert). Nicole Wagner, Leiterin der Sozialhilfe Basel-Stadt, rechnet nicht mit einer Besserung. Weiterhin würden niederschwellige Arbeitsplätze ins Ausland verlagert. «Das spürt die Sozialhilfe mit einem bestimmten zeitlichen Abstand – dann nämlich, wenn diese Arbeitslosen ausgesteuert werden und Sozialhilfe benötigen.» Bei gut ausgebildeten Arbeitnehmern sei die Situation anders: Verlören die ihre Stelle, fänden sie meist rasch wieder Arbeit.

Keine Jobs mehr für Ungelernte

Auch im Baselbiet wächst die Zahl der Sozialhilfebezüger. Die Quote liegt mit 2,5 Prozent wesentlich tiefer als in Basel-Stadt. Spitzenreiter ist der Bezirk Liestal (3,6 Prozent). Im Kantonshauptort hat man festgestellt, dass Arbeitsplätze für Unqualifizierte verschwinden. «Die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ist dadurch schwieriger als früher», sagt die Liestaler Stadträtin Marion Schafroth. Sebastian Helmy, Leiter des Baselbieter Sozialamts, bestätigt diesen Trend für den Gesamt-Kanton, für Ungelernte gebe es immer weniger Arbeitsplätze – so würden in der Gastronomie oder im Gesundheitswesen Jobs verloren gehen.

Einen starken Anstieg der Sozialhilfefälle verzeichnete auch Allschwil. Der zuständige Gemeinderat Arnold Julier führt dies unter anderem darauf zurück, dass Arbeitslosenversicherung (ALV) und die Invalidenversicherung (IV) strengere Regelungen eingeführt hätten. Versicherte würden früher den Anspruch auf Leistungen verlieren – und eher bei der Sozialhilfe landen. «Es findet eine Verlagerung statt», sagt Julier.

Um Sozialhilfebezüger wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren, da sind sich Fachleute einig, ist in Bildung zu investieren. Denn die Konkurrenz um die Jobs wird nicht kleiner. Das zeigt etwa der «Wirtschaftsbericht Nordwestschweiz 2012/13». Er rechnet fürs laufende Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 2,3 Prozent. Vergleichsweise mickrig mutet das Plus an Stellen an: 0,5 Prozent.

INSERAT